

EU-Ausschreibung „Schlüsselfertige Planung, Lieferung, Errichtung und – optional – Vermietung einer modularen Unterkunft zur Unterbringung schutzbedürftiger Personen“ (Anschlussunterbringung)

Formulare zum Nachweis der Eignung

Hinweise:

1. Auf die in der EU-weiten Bekanntmachung aufgenommenen Mindestanforderungen an die Eignung ist zu beachten! Werden diese nicht erreicht, muss ein Ausschluss des Teilnahmeantrags erfolgen.
2. Bitte reichen Sie die nachfolgenden Formulare ausgefüllt an den dafür vorgesehenen Stellen zurück.
3. Die eingereichten und ausgefüllten Formulare sind ohne Unterschrift gültig, **es sei denn die Unterschrift wird ausdrücklich gefordert.**

Formular I

Erklärung der Bewerbergemeinschaft

Das Formular ist von der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Sofern die Bewerbergemeinschaft mehr als vier Mitglieder haben soll, ist das Formular zu vervielfältigen.

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft,

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Bewerbergemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter: _____

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ort und Datum

Firmenstempel und Unterschrift

Ort und Datum

Firmenstempel und Unterschrift

Ort und Datum

Firmenstempel und Unterschrift

Ort und Datum

Firmenstempel und Unterschrift

Formular II

Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit

Das Formular ist von jedem Unternehmen mit einer Rolle im Vergabeverfahren auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe
- ☐ Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe
- ☐ Nur Eignungsverleiher

1. Ich/Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten¹ meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:
 - a) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - c) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 - d) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - e) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit, Bestechung und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - j) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),
- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

2. Ich/wir erkläre(n), dass

- mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen – insbesondere auch nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Mindestlohnge-
setz, dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie dem Lieferkettensorgfalts-
pflichtengesetz – verstoßen hat,
- mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unterneh-
mens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröff-
net worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abge-
lehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und
seine Tätigkeit auch nicht eingestellt hat,
- mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfeh-
lung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens³ infrage gestellt wird,
- mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen

³ siehe Fußnote 1 auf Seite 1

oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
 - mein/unser Unternehmen nicht bereits in der Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war oder dass dadurch keine Wettbewerbsverzerrung resultiert,
 - mein/unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
 - mein/unser Unternehmen nicht versucht hat oder versuchen wird, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die das Unternehmen unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,
 - mein/unser Unternehmen keine irreführenden oder unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren abgegeben hat oder abgegeben wird.
3. Mir/Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Wettbewerbsregister führen können, eingeholt wurden.

Ich/Wir versichere/versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten⁴ oder zu einem Eintrag in das Wettbewerbsregister⁵ führen könnten.

⁴ Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u.a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung – auch im geschäftlichen Verkehr – oder Vorteilsgewährung,
- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

⁵ Ein Eintrag in das Wettbewerbsregister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz – WRegG) vorliegen:

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu 3. zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen kann.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die vorstehenden Erklärungen zu 1. bis 3. auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss vorzulegen.

(1) In das Wettbewerbsregister sind einzutragen:

1. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle, die wegen einer der folgenden Straftaten ergangen sind:

- a) in § 123 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführte Straftaten,
 - b) Betrug nach § 263 des Strafgesetzbuchs und Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuchs, soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
 - c) Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt nach § 266a des Strafgesetzbuchs,
 - d) Steuerhinterziehung nach § 370 der Abgabenordnung oder
 - e) wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen nach § 298 des Strafgesetzbuchs;
2. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle sowie rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen einer der folgenden Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten ergangen sind, sofern auf Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen erkannt oder eine Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro festgesetzt worden ist:
- a) nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, den §§ 10 bis 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. März 2017 (BGBl. I S. 399) geändert worden ist,
 - b) nach § 404 Absatz 1 und 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 8 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) geändert worden ist,
 - c) nach den §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nummer 1, 1c, 1d, 1f und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2017 (BGBl. I S. 258) geändert worden ist,
 - d) nach § 21 Absatz 1 und 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 39 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist, oder
 - e) nach § 23 Absatz 1 und 2 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 40 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist;
3. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, auch in Verbindung mit § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, wegen Straftaten nach Nummer 1 oder Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten nach Nummer 2 ergangen sind; oder
4. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Absatz 1 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) ergangen sind, wenn ein Bußgeld von wenigstens einhundertfünfundsiebzigtausend Euro festgesetzt worden ist.

(2) In das Wettbewerbsregister werden ferner Bußgeldentscheidungen eingetragen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 81 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind, wenn eine Geldbuße von wenigstens fünfzigtausend Euro festgesetzt worden ist. Nicht eingetragen werden Bußgeldentscheidungen, die nach § 81a Absatz 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind.

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Ort, Datum

Firmenname, Unterschrift des Erklärenden

Name des Erklärenden in Druckschrift

Formular III

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Das Formular ist von jedem Unternehmen mit einer Rolle im Vergabeverfahren auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe
- ☐ Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe
- ☐ Nur Eignungsverleiher

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

Nachfolgende Erklärung ist mit dem Angebot abzugeben.

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmer oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmer und Verleihunternehmen der Nachunternehmer und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n); oder

☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen je derzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Firmenbezeichnung/-stempel

Name des Erklärenden
(in Textform gemäß § 126 b BGB)

Formular IV

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 8. April 2022 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023

Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:
 - a) Russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 – wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt – als Unterauftragnehmer, Eignungsleihgeber oder Lieferanten beteiligt sind und beteiligt werden.

3. Mir / uns ist bekannt, dass die vorstehende Vorschrift sowohl die Vergabe öffentlicher Aufträge oder Konzessionen als auch die weitere Erfüllung bereits abgeschlossener Verträge grundsätzlich verbietet. Ausgenommen von dem Verbot der weiteren Vertragserfüllung sind gem. Artikel 5 k) Absatz 4 der vorgenannten Verordnung (EU) Nr. 833/2014 bis zum 10. Oktober 2022 solche Verträge, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Ort, Datum

Firmenname, Unterschrift des Erklärenden

Name des Erklärenden in Druckschrift

Artikel 5k lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 Buchstaben a bis d und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — ,Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Formular V

Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung

Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von der Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Bewerbergemeinschaft als solche
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- ☐ über eine Berufshaftpflichtversicherung bei der

(Bitte eintragen)

mit **mindestens** folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Sach- und Personenschäden	5.000.000,00 EUR
für Vermögensschäden	5.000.000,00 EUR

verfüge(n). Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen stehen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

- ☐ im Fall der Auftragserteilung bei der

(Bitte eintragen)

eine Berufshaftpflichtversicherung mit mindestens den folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Sach- und Personenschäden	5.000.000,00 EUR
für Vermögensschäden	5.000.000,00 EUR

unverzüglich abschließen werde(n). Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen werden pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

Formular VI

Eigenerklärung zu Umsätzen

Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von der Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist zudem auch von eignungsverleihenden Unternehmen auszufüllen, auf deren wirtschaftliche/finanzielle Leistungsfähigkeit (Umsatz) sich der Bewerber beruft. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.

HINWEIS:

Mindestgesamtumsatz des Unternehmens: Ein Mindestumsatz von **10 Mio. EUR (netto)** in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel darf nicht unterschritten worden sein.

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Bewerbergemeinschaft als solche
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher wirtschaftliche/finanzielle Leistungsfähigkeit (Umsatz)

Erklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens

In den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (selbst eintragen!)	Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR (netto)

Formular VII

Eigenerklärung zum Unternehmen

Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von der Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied auszufüllen.

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Bewerbergemeinschaft als solche
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Rechtsform																
Hauptsitz des Unternehmens																
Gründungsjahr																
Gesellschafter / ggf. Konzernzugehörigkeit																
Standorte, von denen aus der AG betreut werden soll																
Größe des Unternehmens	☐ Kleinstunternehmen ☐ Klein ☐ Mittel ☐ Groß <table border="1"><thead><tr><th>Bezeichnung</th><th>Beschäftigte</th><th>Jahresumsatz</th></tr></thead><tbody><tr><td>Kleinstunternehmen</td><td>Bis 9</td><td>Bis 2 Mio.</td></tr><tr><td>Kleine Unternehmen</td><td>Bis 49</td><td>Bis 10 Mio.</td></tr><tr><td>Mittlere Unternehmen</td><td>Bis 249</td><td>Bis 50 Mio.</td></tr><tr><td>Großunternehmen</td><td>Über 249</td><td>Über 50 Mio.</td></tr></tbody></table>	Bezeichnung	Beschäftigte	Jahresumsatz	Kleinstunternehmen	Bis 9	Bis 2 Mio.	Kleine Unternehmen	Bis 49	Bis 10 Mio.	Mittlere Unternehmen	Bis 249	Bis 50 Mio.	Großunternehmen	Über 249	Über 50 Mio.
Bezeichnung	Beschäftigte	Jahresumsatz														
Kleinstunternehmen	Bis 9	Bis 2 Mio.														
Kleine Unternehmen	Bis 49	Bis 10 Mio.														
Mittlere Unternehmen	Bis 249	Bis 50 Mio.														
Großunternehmen	Über 249	Über 50 Mio.														

Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers, sofern das Unternehmen nicht börsennotiert ist.	☐ Unternehmen ist börsennotiert ☐ Nationalität: _____
Anzahl der im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr beschäftigten Mitarbeiter insgesamt, davon (1) Führungskräfte (Summe FTE) (2) Planer (Summe FTE) (3) Sonstige Mitarbeitende (Summe FTE) (4) Auszubildende (Summe FTE)	Gesamtzahl der Mitarbeitenden: _____ Weitere Angaben zu den Beschäftigten: (1) _____ (2) _____ (3) _____ (4) _____ (5) _____

Formular VIII

Unternehmens–Referenzen

Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von der Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist zudem auch von Unterauftragnehmern auszufüllen, auf deren technische Leistungsfähigkeit (Unternehmens-Referenz(en)) sich der Bewerber beruft. Für die Beschreibung/Darstellung und etwaige weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter verwendet werden, die inhaltlich der Referenzabfrage im Formular VIII entsprechen müssen.

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

- ☐ Bewerber
- ☐ Bewerbergemeinschaft als solche
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer mit technischer/beruflicher Eignungsleihe (Unternehmens-Referenz(en))

HINWEIS:

- (1) Es sind **mindestens zwei** Unternehmens-Referenz einzureichen, die den **Mindestanforderungen** entsprechen. Die Mindestanforderungen müssen **jeweils kumulativ** von mindestens zwei Unternehmens-Referenzen erfüllt werden.
- (2) **Mindestanforderungen:**
 - (a) Die Erbringung von Planungs- und Bauleistung zur Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft (Anschlussunterbringung) für schutzbedürftige Personen mit gemeinschaftlich zu nutzenden Einrichtungen (Sanitär- und Kücheneinrichtungen, Aufenthaltsräume etc.) oder eine vergleichbare Wohneinrichtung für besondere Bedarfsgruppen
 - (b) in Container- oder Modulbauweise
 - (c) der Abschluss der Leistungen, d.h. die rechtsgeschäftliche Abnahme gemäß § 12 VOB/B, darf nicht länger als 10 Jahre ab dem Datum der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung zurückliegen.

Es sind alle nachfolgenden Felder auszufüllen! Auf datenschutzrechtliche Aspekte kann sich nicht berufen werden.

Referenz-Nummer: _____ bitte durchnummerieren!

Referenzobjekt: _____

Auftraggeber: _____

Ansprechpartner: _____

Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse des Ansprechpartners: _____

Ausführungsort : _____

Kapazität (Plätze/Bettenanzahl) der Einrichtung _____

Leistungszeitraum (Angabe von MM/JJJJ bis MM/JJJJ): _____

Auftragswert: _____

Zeitpunkt der Abnahme gem. § 12 VOB/B: _____

Beschreibung des (jeweiligen) Auftrags/Projekts und Darstellung der erbrachten Leistungen.

Kontrollfragen zum Auftragsinhalt (Mindestanforderungen) der Referenz bitte ankreuzen:

Betrifft / Beinhaltet der Referenzauftrag

- (a) die Erbringung von Planungs- und Bauleistung zur Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft (Anschlussunterbringung) für schutzbedürftige Personen mit gemeinschaftlich zu nutzenden Einrichtungen (Sanitär- und Kücheneinrichtungen, Aufenthaltsräume etc.) oder eine vergleichbare Wohneinrichtung für besondere Bedarfsgruppen

☐ ja

☐ nein

- (b) Erstellung in Container- oder Modulbauweise

☐ ja

☐ nein

- (c) der Abschluss der Leistungen, d.h. die rechtsgeschäftliche Abnahme gemäß § 12 VOB/B, darf nicht länger als 10 Jahre ab dem Datum der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung zurückliegen.

☐ ja

☐ nein

Kontrollfragen zum Auftragsinhalt der Referenz, die nur für die Absichtung der Bewerber, d.h. Auswahl derjenigen Bewerber, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, gemäß den in der EU-Bekanntmachung festgelegten Kriterien relevant sind. Bitte ankreuzen!

- (d) Leistungserbringung für einen öffentlichen Auftraggeber i.S.d. § 99 GWB?

☐ ja

☐ nein

Formular IX

Benennung Eignungsverleiher / Unterauftragnehmer

Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft kann andere Unternehmen als Unterauftragnehmer und/oder Eignungsverleiher einsetzen.

Hinweis: Im Hinblick auf die Einreichung zusätzlicher Unterlagen sind drei Fälle zu unterscheiden:

Fall 1:

Bei der Benennung eines Unterauftragnehmers ohne Eignungsleihe hat der Bewerber zusätzlich für jeden Unterauftragnehmer einzureichen: Sämtliche zum Nachweis der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Unterauftragnehmers unter Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ der EU-Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen mit Ausnahme der Formulare I und IV.

Hinweis zu Fall 1:

Sie nutzen diesen Fall, wenn Sie sämtliche Eignungsanforderungen bereits selbst als Bewerber oder Bewerbergemeinschaft nachweisen können und Sie gleichwohl auf Ressourcen anderer Unternehmen für bestimmte Leistungsteile zugreifen wollen/müssen.

Fall 2:

Bei der Benennung eines Unternehmens als Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe bezogen auf die **technische oder berufliche Leistungsfähigkeit** hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (a) die unter Abschnitt „technische und berufliche Leistungsfähigkeit“ der EU-Bekanntmachung bezeichneten Unterlagen (Formular VIII) für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (b) die unter Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ der EU-Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen jeweils allesamt auch von diesem benannten Dritten mit Ausnahme der Formulare I und IV, (c) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular X.

Hinweis zu Fall 2:

Sie nutzen diesen Fall, wenn Sie die Eignungsanforderungen zur beruflichen und/oder technischen Leistungsfähigkeit nicht bereits selbst als Bewerber oder Bewerbergemeinschaft nachweisen können und Sie dies durch Hilfe eines Unterauftragnehmers erreichen wollen. Das Unternehmen, das die Eignung leiht, ist bei Erhalt des hier ausgedruckten Auftrages zwingend als Unterauftragnehmer einzusetzen.

Fall 3:

Bei der Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die **wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit** hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (a) die unter Abschnitt „wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit“ der EU-Bekanntmachung bezeichneten Unterlagen (Formular VI) für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf den Dritten zum Nachweis der Eignung beruft, (b) die unter Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ der EU-Bekanntmachung aufgeführten

Unterlagen jeweils allesamt von dem Eignungsverleiher mit Ausnahme der Formulare I und IV, (c) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XI.

Hinweis zu Fall 3:

Sie nutzen diesen Fall, wenn Sie die Eignungsanforderungen zur wirtschaftlichen und/oder finanziellen Leistungsfähigkeit nicht bereits selbst als Bewerber oder Bewerbungsgemeinschaft nachweisen können und Sie dies durch Hilfe eines anderen Unternehmens erreichen wollen. Das Unternehmen, das die Eignung in dieser Hinsicht leiht, ist bei Erhalt des Auftrags nicht zwingend als Unterauftragnehmer einzusetzen. Das Unternehmen wird jedoch in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt.

Genereller Hinweis zur Eignungsleihe:

Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nicht nur ein selbständiges, von dem Bewerber rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist. Zudem ist Eignungsleihe auch erforderlich, um im Hinblick auf die Auswahl der Bewerber anhand objektiver Kriterien Ressourcen anderer Unternehmen zugerechnet zu erhalten.

Wir benennen folgende Unternehmen als Eignungsverleiher und/oder Unterauftragnehmer:

Firma des eignungsverleihenden Unternehmens und/oder Unterauftragnehmers	Reiner Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe?	Unterauftragnehmer mit technischer/beruflicher Eignungsleihe?	Beschreibung der Teilleistung(en), wenn (auch) Unterauftragnehmer	Wirtschaftliche/finanzielle Eignungsleihe?
	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein

Das Formular IX „Benennung Eignungsverleiher / Unterauftragnehmer“ ist ggf. zu vervielfältigen!

Formular X

Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

Firma des Bewerbers: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft hinsichtlich folgender Nachweise der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Bewerber/der Bewerbergemeinschaft gemäß EU-Bekanntmachung:

☐ Unternehmens-Referenz(en) (Formular VIII)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbergemeinschaft diesem/dieser mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) unseres Unternehmens für die Dauer der Vertragsdurchführung uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen und die benannten Teilleistungen selbst auszuführen.

Die weiteren notwendigen Unterlagen unser Unternehmen betreffend haben wir beigelegt: Dies sind alle Erklärungen und Nachweise gemäß Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ – mit Ausnahme der Formulare I und IV – sowie das vorstehend angekreuzte Formular VIII soweit es die Eignungsleihe an den Bewerber/Bewerbergemeinschaft betrifft.

Ort, Datum

Unterschrift des Dritten, Firmenstempel

Formular XI

Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

Firma des Bewerbers: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bewerber/Bewerbergemeinschaft hinsichtlich folgender Nachweise der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit der Bewerber/der Bewerbergemeinschaft gemäß EU-Bekanntmachung:

☐ Erklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens (Formular VI)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbergemeinschaft zur gesamtschuldnerischen Haftung gemeinsam mit dem Bewerber/Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.

Die weiteren notwendigen Unterlagen betreffend unser Unternehmen haben wir beigelegt. Dies sind alle Erklärungen und Nachweise gemäß Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ der EU-Bekanntmachung – mit Ausnahme der Formulare I und IV – sowie das vorstehend angekreuzte Formular VI soweit es die Eignungsleihe an den Bewerber betrifft.

Ort und Datum

Unterschrift des Dritten, Firmenstempel